

Presseinformation

29. Januar 2008

Überschuldung privater Haushalte wird immer größer

Schabl: Zuwachs von jungen SchuldnerInnen nimmt ständig zu

„Die Überschuldung privater Haushalte stellt auch in Niederösterreich ein immer größer werdendes Problem dar“, sagte heute, Dienstag, 29. Jänner, Landesrat Emil Schabl in St. Pölten bei einer gemeinsamen Pressekonferenz mit Dr. Roswitha Mikusch von der Schuldnerberatung Niederösterreich. Die Statistik der Schuldnerberatung Niederösterreich zeige, dass von 2005 bis 2007 die Beratungen um 23 Prozent und die Schuldenregulierungsverfahren, also die so genannten Privatkonkurse, sogar um 139 Prozent gestiegen seien. Die Durchschnittverschuldung sei 2007 mit 75.900 Euro „katastrophal hoch geblieben“. Die Zahl der Personen, die 2007 erstmals mit der Schuldnerberatung Niederösterreich Kontakt aufgenommen hätten, sei um 11 Prozent, jene der abgeschlossenen Betreuungsfälle um 7 Prozent gestiegen. Auch seien um 30 Prozent mehr telefonische Beratungen zu verzeichnen, die Schuldenregulierungsverfahren seien 2007 um 40 Prozent gestiegen, erläuterte Schabl.

Die Schuldnerberatung Niederösterreich mit 22 SchuldnerberaterInnen und sieben Verwaltungskräften in den fünf Beratungsstellen Zwettl, Horn, Wiener Neustadt, St. Pölten und Amstetten verzeichne, so Schabl, „als Alarmsignal“ in den letzten fünf Jahren einen Zuwachs von jungen SchuldnerInnen von 9 auf gut 15 Prozent. Als Hauptursache für diese Verschuldung würden die jungen KlientInnen zwischen 18 bis 25 Jahren ihr Konsumverhalten angeben. Daher sei die Präventionsarbeit auch an Schulen verstärkt fortgesetzt worden: In Niederösterreich konnten 2007 insgesamt 3.770 SchülerInnen über die verschiedenen Ursachen der Finanzprobleme und ihre Bekämpfung aufgeklärt werden.

Der Schuldnerberatung Niederösterreich sei vor kurzem das Gütesiegel als „staatlich anerkannte Schuldenberatung“ verliehen worden, erklärte Mikusch. Man sei somit eine von zehn anerkannten Schuldenberatungen, die einer strengen Qualitätskontrolle und regelmäßigen Prüfverfahren unterliegen würden.